

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Um die Gewerkschaftseinheit

Zur viel diskutierten Frage der Unabhängigkeit und Einheit der Gewerkschaften nimmt *Otto Brenner* erneut in einem grundsätzlichen Aufsatz in der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* (5) Stellung. Er befaßt sich zunächst mit der immer wieder umstrittenen Unterscheidung zwischen den Begriffen Neutralität und Unabhängigkeit und sagt dazu: „Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Satzung des DGB, die 1949 in München vom Gründungskongreß beschlossen wurde, nicht von Neutralität spricht, sondern (in § 8 Abs. 1) erklärt, daß der DGB seine Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessio-

nen und politischen Parteien' jederzeit wahren müsse. Wenn also einzelne Gewerkschaften in letzter Zeit in ihren Satzungen den mißverständlichen Begriff der ‚Neutralität‘ durch ‚Unabhängigkeit‘ ersetzt haben, so dient das lediglich der Klärung der gewerkschaftlichen Haltung gegenüber den Parteien und ist keineswegs Ausdruck einer Revision, wie man die Öffentlichkeit glauben machen will. Parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet aber nicht politische Abstinenz. Diese widerspricht grundsätzlich der gewerkschaftlichen Aufgabe, die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Es versteht sich, daß in einer Gesellschaft mit privatwirtschaftlich-kapitalistischer Struktur wie der unsrigen die Politik der Gewerkschaften oftmals im Gegensatz zur Politik der wirtschaftlich und politisch herrschenden Kreise steht. Doch ebenso wenig wie sich die Politik der Unternehmer auf rein

soziale Fragen beschränkt, können die Gewerkschaften in ihrem Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder und der gesamten Arbeitnehmerschaft auf eine Stellungnahme zu den großen politischen Fragen verzichten. So sehr sie ihre Unabhängigkeit wahren müssen, so wenig können sie den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik übersehen und sich zum politischen Schweigen verurteilen lassen. Bei aller parteipolitischen Unabhängigkeit müssen die Gewerkschaften naturgemäß ihr Augenmerk auf die Tätigkeit der Parteien richten, und dadurch ergibt sich zwanglos ihre engere oder weitere Distanz zu dieser oder jener Partei. Die Parteien haben keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Wenn sie die Unterstützung der Gewerkschaften finden oder berechtigter gewerkschaftlicher Kritik begegnen wollen, so steht es ihnen frei, eine Politik zu betreiben, die den von den Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmerinteressen entspricht. Die Gewerkschaften müssen in jedem Falle alle politischen Maßnahmen daraufhin prüfen, ob sie den Arbeitnehmern dienen, und unter diesem Gesichtspunkt die Tätigkeit aller Parteien ohne Ausnahme beurteilen.“

„In der Bundesrepublik ist es leider so“, fährt Otto Brenner fort, „daß die Politik der seit 1949 maßgebenden Parteien die besitzenden Schichten — das Unternehmertum — so eindeutig bevorzugt, daß die Gewerkschaften ständig gezwungen sind, sich dagegen zu wenden. Wenn die arbeitenden Menschen in ihrer Lebenshaltung und in ihren Arbeitsverhältnissen heute erheblich besser gestellt sind als vor zehn Jahren, so ist das nicht der arbeitnehmer- oder gewerkschaftsfreundlichen Haltung der Arbeitgeber zu danken, sondern lediglich dem zähen Kampf der Gewerkschaften um einen höheren Anteil der arbeitenden Menschen am Sozialprodukt. Diesen Kampf mußten die Gewerkschaften nicht nur gegen die Unternehmer, sondern ebenso sehr gegen die Bundesregierung führen.“

Otto Brenner äußert sich dann auch konkret zur Praxis der innergewerkschaftlichen Demokratie und weist den Vorwurf „undemokratischer Methoden“ energisch zurück. Im Gegenteil: „Den Mitgliedern der Gewerkschaften ist genau bekannt, daß bei Funktionärswahlen den Vertretern der ‚Christlich-Sozialen Kollegenschaft‘ in der Regel Konzessionen gemacht werden, die weit über deren politisches Gewicht und über ihren Anteil an Mitgliedern und Delegierten hinausgehen. Die Mitgliedschaft weiß, daß so mancher von ihnen ohne die Unterstützung der auf Ausgleich bedachten Funktionäre niemals in sein Amt gekommen wäre. Die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hat sich bisher äußerst tolerant gezeigt, um die Einheit zu wahren und unnötigen Rührungskämpfen vorzubeugen, in denen die christlichen Kollegen bei strikter Handhabung der

demokratischen Satzungsbestimmungen ohne weiteres den kürzeren gezogen hätten.“

Zum Schluß gibt Otto Brenner seiner Überzeugung Ausdruck, daß alle Bemühungen um Spaltung der Gewerkschaften zum Scheitern verurteilt sind. Er sagt wörtlich: „Daß die Einheit unter allen Umständen gewahrt bleiben muß, ist für uns gar keine Frage. Wir halten sie allerdings nicht deshalb für gefährdet, weil eine kleine Gruppe mit der Spaltung droht, denn wir sind der festen Überzeugung, daß ein derartiger Versuch diesmal genauso scheitern wird wie zuvor und daß die überwältigende Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer der Einheitsgewerkschaft treu bleiben wird. Wir werden uns auch durch noch so lautes Geschrei nicht von den demokratischen Prinzipien in unseren Organisationen abbringen lassen. Wir werden die notwendigen Auseinandersetzungen, die ein unentbehrliches Element demokratischer Willensbildung sind, im Geiste der Toleranz und in demokratischen Formen führen. Aber wir werden uns ebenso entschlossen gegen alle weiteren Versuche wenden, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit von außen zu steuern und die Grundsätze gewerkschaftlicher Arbeit in Frage zu stellen.“

Auch Heinz Seeger hat erneut mit aller Klarheit zu diesen Fragen Stellung genommen. Wir zitieren aus seinem Artikel, der unter dem Titel „Die Gewerkschaften bestimmen ihren Kurs selbst!“ in der *Holzarbeiter-Zeitung*, (8) erschienen ist, die folgenden Sätze:

„Zwei Voraussetzungen allerdings sind notwendig, und zwar Duldsamkeit gegenüber dem Andersdenkenden und Unabhängigkeit von politischen Parteien und Gruppierungen. Dabei ist die Toleranz gleichermaßen bei der Mehrheit wie bei der Minderheit notwendig. Weder darf die Mehrheit die Auffassung und die Einsprüche einer Minderheit mißachten noch darf die Minderheit die durch Mehrheitsbeschlüsse zustande gekommenen Entscheidungen und Tatsachen als für sich nicht bestehend betrachten noch durch eine ewig nörgelnde und zersetzende Kritik ständig Sand in das Getriebe der Gewerkschaften streuen.“

Auch Seeger setzt sich mit der Polemik um Neutralität und Unabhängigkeit auseinander und erklärt dazu: „In Wirklichkeit handelt es sich hier um nichts anderes, als daß der Grundsatz, unabhängig zu sein von Staat und Regierung, von den politischen Parteien, von den weltanschaulichen Gruppen usw. deutlicher zum Ausdruck kommen soll. Unabhängig sein ist etwas anderes als neutral sein, und politisch neutral sein, d. h. also neben der politischen Entwicklung stehen, kann keine Gewerkschaft. Selbst wenn man unterstellen würde, daß die Gewerkschaften sich einzig ihren sozialpolitischen Aufgaben zu widmen hätten, könnten sie doch nicht politisch neutral sein.“

Schließlich scheint uns auch der folgende Hinweis Seegers beachtenswert: „Für das Innenleben der Parteien aber sollten wir uns darum

bemühen, in unseren Gewerkschaftsversammlungen weniger als Mitglieder der CDU/CSU oder der SPD aufzutreten, als in den Parteiversammlungen unsere Meinungen als Gewerkschafter stärker zum Ausdruck zu bringen.“

Das dürfen wir nie vergessen

Die Gegenwart (20) macht uns dankenswerterweise mit einem Bericht über einen Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz bekannt, den der ständige Korrespondent der *New York Times* in Polen kürzlich veröffentlicht hat. Wir zitieren einige Absätze dieser Schilderung eines Besuchs in Brzezinka und Oswjecim, zwei südpolnischen Ortschaften, die zusammen „einen Teil jener sorgfältig eingerichteten Schreckens- und Todesfabrik bildeten, die bei den Nazis das Konzentrationslager Auschwitz hieß“.

„Heute, 14 Jahre, nachdem das letzte Bündel Gefangener von Hunden und Aufsehern nackt in die Gaskammern getrieben wurde, ist die Geschichte von Auschwitz viele Male berichtet worden. Einige der Insassen haben jene Erinnerungen aufgezeichnet, die normale Menschen gar nicht ausdenken vermögen ... Hier starben vier Millionen Menschen, sagen die Polen.

Brzezinka und Oswjecim sind jetzt sehr stille Orte, die Schreie sind nicht mehr zu hören. Der Tourist geht leise, zuerst rasch, um alles hinter sich zu bringen, und dann, wenn seine Phantasie die Baracken und die Kammern und die Gefängnisse und die Prügelpfähle belebt, geht er zögernd ... Für jeden Besucher gibt es irgendein besonderes Schreckensdetail, von dem er weiß, daß er es niemals vergessen wird. Für einige ist es der Anblick der wiederaufgebauten Gaskammer in Oswjecim, und wenn man ihnen sagt, dies sei »die kleine«. Für andere ist es die Tatsache, daß in Brzezinka auf den Trümmern der Gaskammern und Krematorien, welche die Deutschen bei ihrem Rückzug in die Luft gesprengt haben, Gänseblümchen blühen.

Es gibt Besucher, die verwirrt auf die Gaskammern und die Öfen starren, weil ihre Vorstellungskraft es einfach nicht fassen kann, die aber schauernd vor den hohen Wällen von Menschenhaar hinter Glasfenstern stehen oder vor den Haufen Kinderschuhen oder vor den Backsteinzellen, wo die Menschen eingemauert wurden, die zum Erstickungstod verurteilt waren.

Ein langer Korridor, wo Reihen von Gesichtern von den Wänden starren. Tausende von Bildern, die Fotografien Gefangener. Sie sind jetzt alle tot, die Männer und Frauen, die vor den Fotoapparaten standen, und sie alle wußten, daß sie zu sterben hatten.“

In derselben Nummer veröffentlicht *Die Gegenwart* den Wortlaut des Gutachtens, das der Historiker Dr. *Michael Freund* dem Landesozialgericht Schleswig erstattete, bei dem die Witwe *Heydrichs* erfolgreich auf Zuerkennung Ihrer Rente klagte. Aus diesem Gutachten, das

man unbedingt in seinem ganzen Umfang lesen sollte, können wir nur einige Sätze zitieren, die Heydrich kennzeichnen:

„Es ist für die Beurteilung der Rechtsnatur des Geschehens am 27. Mai 1942 von der allergrößten Bedeutung, daß der Ermordete für eines der größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, die Ermordung von Millionen von Juden und anderen Menschen unmittelbar verantwortlich ist, daß er die Methoden dieses Verbrechens mit einer bemerkenswerten, ja phantastischen organisatorischen Begabung erdacht und durchgeführt und mit einem zugleich verbrecherischen wie äußersten Mut ins Werk gesetzt hat. Er ist dadurch auch mitverantwortlich für das zweite weltgeschichtliche Verbrechen des 20. Jahrhunderts, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, weil er die Maschine der Umsiedlung und der Ausrottung fremder und unerwünschter Volksgruppen erdacht und geschaffen hat. Er ist der erste, der im alten Europa bewußt die Vorstellung hat, eine volksmäßige Flurbereinigung in Mittel- und Osteuropa durch die Ausrottung ganzer Völker, durch den Völkermord, das Genocidium, durchzuführen. Er ist eine der großen Verbrechergestalten der Geschichte und eine der wichtigsten Figuren des Dritten Reiches. Er hat in keiner Darstellung des Dritten Reiches noch den ihm gebührenden Platz gefunden. Er ist ein Mann von überragender Bedeutung, in ihm findet der Gesinnungsverbrecher luziferisches Format.“

Schließlich liest man in derselben Nummer der *Gegenwart* in einer Betrachtung über die bevorstehende Volkszählung in der Sowjetunion, die im Januar 1959 zur Durchführung kommt, daß die Bevölkerung der SU zwischen 1941 und 1945 um beinahe 24 Millionen oder 12 vH zurückgegangen war. 24 Millionen Menschen kostete Rußland der Krieg, den Hitlerdeutschland im Sommer 1941 gegen die SU entfesselte. Auch das sollten wir nicht vergessen. Vielleicht werden wir dann manches spätere Ereignis zwar nicht entschuldbarer, aber verständlicher finden.

Probleme der Entwicklungsländer

Über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer sind neuerdings eine Reihe von Spezialuntersuchungen erschienen, auf die wir hier kurz hinweisen wollen.

In der österreichischen Monatschrift *Arbeit und Wirtschaft* (10) bespricht Dr. *Hans Meinrad* die wirtschaftliche Situation in Ägypten und den angrenzenden Nahoststaaten und deutet auf die Möglichkeiten hin, die sich durch die kürzlich verabschiedete UNO-Resolution ergeben: daß nämlich über die Arabische Entwicklungsbank nun auch Auslandskapital in die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga hineingeschleust werden soll — „eine Art *Nahost-Marshall-Plan* auf Anleihebasis, der mit Hilfe eines ausreichenden Kapitaleinsatzes auch zu einer politi-

schen Befriedung in diesem Raum beitragen könnte“. In demselben Heft finden wir eine wichtige Untersuchung über die kritische Situation in *Kuweit* und eine weitere über die Wirtschaftsprobleme des *Irak*.

Die großen Schwierigkeiten einer Industrialisierung *Tunesiens* stellt Dr. *Erich Sevin* in *Der Volkswirt* (40) dar; der Verfasser kommt zu dem Schluß: „Trotz einiger Großbetriebe steht, wie die Übersicht erkennen läßt, die Industrialisierung *Tunesiens* in den allerersten Anfängen, und es ist nicht abzusehen, woher das Kapital für eine Beschleunigung dieser Industrialisierung kommen soll und wie lange die Bevölkerung auf die Besserung ihres Lebensstandards zu warten gewillt ist.“

Ganz anders steht es, dank dem starken Einsatz von Staatshilfe, um die Industrialisierung *Israels*, worüber *Der Volkswirt* (37) kürzlich berichtete. Der Verfasser, Dr. *Paul Arnsberg*, schließt seine Darstellung mit den Sätzen: „Es dürfte kaum ein Land zur Zeit geben, wo die Regierung so großzügig den industriellen Investoren zur Hand geht wie in Israel. Diese Regierungshilfe wird so freigebig gewährt, daß manche private Investoren davon absehen, selbst ein Risiko zu übernehmen, da sie es ganz einfach nicht nötig haben. Insoweit kann man beinahe von einer »Sozialisierung« der privaten industriellen Initiative sprechen.“ Ober den Wohnungsbau in Israel lesen wir in der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift *Neue Heimat* (9) einen sehr instruktiven, prachtvoll illustrierten Aufsatz von *H. Umrath*.

Probleme der Gewerkschaftsarbeit in *Afrika* werden in Nr. 8 der *Freigewerkschaftlichen*

Nachrichten der AFL-CIO behandelt; es schreibt dort aus genauester Sachkenntnis *Arthur W. Ochwada*, der stellvertretende Generalsekretär der Gewerkschaftsföderation Kenias. Außerdem berichtet *Robert Bothereau*, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaft Force Ouvrière, über die Arbeit freier Gewerkschaften in Französisch-Zentralafrika. — Ober den Bau einer großen Aluminiumbasis in Belgisch-Kongo, das Inga-Projekt, informiert Dr. *Markus Timmler* in *Der Volkswirt* (38).

Über Wirtschaft und Erziehung in *Pakistan* veröffentlicht *Die Deutsche Berufs- und Fachschule* (9) einen Aufsatz von Dr. *Heinz Lamprecht*; der Autor schließt mit folgenden Worten: „Der industrielle Fortschritt wird einmal die Grundlage des pakistanischen Reichtums bilden. Die Industrialisierung des Landes schreitet ständig fort. Noch aber liegt die schwerste Arbeit der Regierung in den Dörfern Pakistans, dessen Bevölkerung zu 85 vH auf dem Lande lebt. Die Förderung des flachen Landes zu betreiben und die Industrialisierung der Wirtschaft nicht zu vernachlässigen, zu sorgen, daß zwischen der angebrochenen Neuzeit und der Bewahrung altväterlichen Brauchtums kein geistiger und wirtschaftlicher Bruch entsteht, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung der Islamischen Republik Pakistan.“

Der Gewerkschafter (8), die Funktionärzeitung der IG Metall, veröffentlicht einen interessanten Bericht von *Augustin Souchy* über die Gewerkschaftsbewegung und die jüngsten Arbeitskämpfe in *Panama*.

Dr. Walter Fabian